

Eine Utopie kommt an die Urne

Die Schweiz ist gut beraten, sich nicht auf das Experiment «bedingungsloses Grundeinkommen» einzulassen. Der Kantonalvorstand des BGV lehnt die Initiative jedenfalls einstimmig ab.

Mi. Die Schweiz erscheint nicht nur als ein Hort von Wohlstand und Stabilität im Herzen Europas, sie ist auch ein Land, das eine ganze Reihe höchst problematischer Experimente diskutiert. Die 1:12-Initiative machte den Anfang, gefolgt von der Abstimmung zu einem gesetzlichen Mindestlohn. Obwohl vom Volk deutlich gebodigt, ist damit offensichtlich noch nicht genug. Nun kommt eine Initiative zur Abstimmung, die schlicht das «bedingungslose Grundeinkommen» für alle fordert. Den Initianten schwebt vor, jedem volljährigen Einwohner – auch den Zuwanderern – monatlich ohne Gegenleistung ein Grundeinkommen von 2500 Franken und 625 Franken für Kinder und Jugendliche zu geben, was es dann noch ermöglichen soll, mit einem Federstrich die Sozialwerke (AHV, IV, Arbeitslosenversicherung) abzuschaffen.

«Innovationen und Investitionen, Unternehmer und leistungswillige Arbeitnehmer wird es immer brauchen, um voranzukommen.»

Besorgniserregend ist, wie von den Initianten Arbeit als eine Art zufällige Zeiterscheinung einer Gesellschaft dargestellt wird, die dafür sorgt, die Armut für alle Zeiten aus der Welt zu schaffen. Wer arbeiten will, darf das zwar auch in Zukunft, nur sollen jene, die dazu weniger Lust verspüren, dank eines Grundeinkommens ihre Tage auch auf andere Weise verbringen können. Eine derart sozialromantische Sichtweise verkennt völlig, dass den Schweizerinnen



Falsche Anreize: «Diese sozialromantische Sichtweise verkennt, dass den Schweizerinnen und Schweizern ihr hoher Wohlstand nicht in die Hängematte gelegt wird.»

und Schweizern ihr hoher Wohlstand nicht in die Hängematte gelegt wird, sondern dieser durch überdurchschnittliche Leistungen am Arbeitsplatz Tag für Tag von Neuem erarbeitet werden muss. Innovationen und Investitionen, Unternehmer und leistungswillige Arbeitnehmer wird es immer brauchen, um voranzukommen. Ein Schlüsselsatz der Initianten lautet: «Wenn man von einer stabilen Wertschöpfung ausgeht, ist die Finanzierung des Grundeinkommens machbar.» Eine stabile (oder steigende) Wertschöpfung ist eben gerade nicht eine gegebene Grösse, sondern das Ergebnis einer produktiven Wirtschaft, die sich im internationalen Wettbewerb gut hält. Damit das so bleibt, hält sich die Schweiz mit Vorteil von derartigen wahnwitzigen Experimenten fern. Gut bezahlte Jobs werden auch in Zukunft nicht auf den Bäumen wachsen.

Teuer und nicht einfacher

Es ist offensichtlich, dass diese Initiative vor dem Schweizer Souverän keine Chance hat und wuchtig abgelehnt wird. Billig wür-

de das Ganze zudem nicht. Die Verwaltung rechnet mit jährlichen Kosten von 208 Milliarden Franken. 55 Milliarden könnten aus bestehenden Leistungen der sozialen Sicherheit umgelagert werden. 153 Milliarden Franken würden in Form zusätzlicher Steuern anfallen. Würde die Finanzierungslücke von 153 Milliarden Franken rein über Steuern gedeckt, stiege die Staatsquote – die Staatsausgaben im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt – von 33 auf 59 Prozent. Die Fiskalquote würde von heute 28 auf 54 Prozent anwachsen. Weil davon auszugehen ist, dass Erwerbsbeteiligung und Wertschöpfung sinken würden, ist in der Realität mit einer noch stärkeren Erhöhung von Staats- und Fiskalquote zu rechnen. Eine Vielzahl von Argumenten spricht gegen die Volksinitiative, besonders schwer wiegen die Fragezeichen zur Finanzierbarkeit. Umverteilung und staatlicher Zwang wären für jene, die bezahlen, kaum noch ertragbar. Und liberal ist ein Grundeinkommen schon gar nicht, weil es die Eigenverantwortung untergräbt und Menschen direkt in die staatliche Abhängigkeit führt.

